

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial-und  
Gesundheitsausschusses  
am Mittwoch, dem 02.12.2009, im Kleinen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 13:15 Uhr**

			Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Bestellung eines Schriftführers	<b>182/2009</b>	<b>5</b>
2.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	<b>183/2009</b>	<b>6</b>
3.	SPD-Antrag zur geplanten Schließung der Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe am Josephs-Hospital in Warendorf	<b>172/2009</b>	<b>7</b>
4.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2010	<b>173/2009</b>	<b>8</b>
5.	Bericht zur aktuellen Lage der "Neuen Grippe" und zur Impfkation im Kreis Warendorf	<b>170/2009</b>	<b>14</b>
6.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: 1. Neuorganisation SGB II 2. Sachstandsbericht	<b>158/2009</b>	<b>15</b>
7.	Sozialleistungsbericht 2009	<b>168/2009</b>	<b>16</b>
8.	Änderung der Richtlinien für die Pflegekonferenz im Kreis Warendorf vom 20.09.1996	<b>151/2009</b>	<b>17</b>
9.	Änderung der Richtlinien für die Kommunale	<b>135/2009</b>	<b>18</b>

## Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf

- |            |   |                 |           |
|------------|---|-----------------|-----------|
| <b>10.</b> | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung eines "Sozial-Tickets" (sh. Anlage) | <b>164/2009</b> | <b>19</b> |
|------------|---|-----------------|-----------|

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

- |           |   |                 |           |
|-----------|---|-----------------|-----------|
| <b>1.</b> | Errichtung von Pflegestützpunkten nach § 92c SGB XI | <b>174/2009</b> | <b>20</b> |
|-----------|---|-----------------|-----------|

**Anlagen**

- |          |   |
|----------|---|
| Anlage 1 | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Verbraucherzentrale NRW |
| Anlage 2 | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Schaffung der Stelle einer/eines Behinderterbeauftragten         |
| Anlage 3 | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Bezeichnung der Sozialplanerin als "Integrationsbeauftragte"     |
| Anlage 4 | Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.11.2009: Übernahme des Antrages der Verbraucherzentrale NRW vom 17.11.2009                  |
| Anlage 5 | Antrag der Verbraucherzentrale NRW vom 17.11.2009   |
| Anlage 6 | "Neue Influenza und Pandemieimpfaktion" – Eine Lagemitteilung   |
| Anlage 7 | Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE  |
| Anlage   | Vereinbarung zur Übernahme von Aufgaben in den Pflegestützpunkten mit dem Verein Alter und Soziales e.V.<br>(wird nachgereicht)     |
| Anlage   | Leistungen des Kreises Warendorf für Menschen mit Behinderung<br>(wird nachgereicht)  |

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Strübbe, Robert
<b>Ausschussmitglieder</b>
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Grabenmeier, Hildegunde
Hein-Kötter, Dorothea
Hörnemann, Josef
Leismann, Jendrik
Mors, Annette
Müller, Ute
Starke, Yasemin
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Twenhöven-Ruhmann, Annette
Wördemann, Christiane
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Mumm, Thomas
<b>von der Verwaltung</b>
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Klausmeier, Brigitte
Müller, Heinz-Jürgen
Schabhüser, Helmut
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.
Uhkötter, Richard
<b>Gäste</b>
Biller, Martin
Breuker, Raimund
Wapelhorst, Peter

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Lindstedt, Cornelia

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss mit Einladung vom 20.11.2009 form- und fristgerecht einberufen wurde.

**I. Öffentlicher Teil****1. Bestellung eines Schriftführers****182/2009**

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Herr Kreisdirektor Dr. Heinz Börger wird als Schriftführer des Sozial- und Gesundheitsausschusses für die laufende Periode des Kreistages bestellt.

Er wird vertreten durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>2.</b>	<b>Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören</b>	<b>183/2009</b>
-----------	--	-----------------

Herr Strübbe erklärt, dass die Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht Mitglied des Kreistages sind, zu erfolgen habe.

Er verpflichtet Frau Starke, Herrn Drestomark und Herrn Strohbücker zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

<b>3.</b>	<b>SPD-Antrag zur geplanten Schließung der Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe am Josephs-Hospital in Warendorf</b>	<b>172/2009</b>
-----------	--	-----------------

Frau Mors stellt fest, dass sich der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion erledigt habe, da inzwischen seitens des Kuratoriums des Joseph-Hospitals Warendorf beschlossen wurde, die Geburtshilfe weiterzuführen.

Herr Dr. Börger bittet den anwesenden Vorstandsvorsitzenden des Joseph-Hospitals, Herrn Dr. Biller, um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Dr. Biller erläutert die Finanzierungssituation des Joseph-Hospitals.

Er weist darauf hin, dass in den letzten Jahren 400 bis 450 Geburten jährlich im Joseph-Hospital stattfanden. Diese Anzahl sei nicht ausreichend, die Geburtshilfe zu finanzieren. Zur Deckung der Kosten müssten daher Gewinne anderer Abteilungen eingesetzt werden.

Dennoch sei seitens des Kuratoriums die Weiterführung der Geburtshilfe beschlossen worden.

Ein weiteres Problem sei der Ärztemangel. Derzeit sei der Einsatz von Leihärzten erforderlich.

Auf die ausgeschriebenen Chefarzt-, Assistenzarzt- und Facharzt-Stellen für die Gynäkologie/Geburtshilfe seien derzeit noch keine Bewerbungen eingegangen. Falls kein Arzt für die Gynäkologie gefunden werde, könne die Geburtshilfe möglicherweise doch nicht weitergeführt werden.

Herr Strübbe dankt Herrn Dr. Biller für seine Ausführungen.

<b>4.</b>	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2010</b>	<b>173/2009</b>
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheitsausschusses liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages am 06.11.2009 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2010 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2010 vor:

1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Verbraucherzentrale
2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten
3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Bezeichnung der Sozialplanerin als "Integrationsbeauftragte"
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.11.2009: Übernahme des Antrages der Verbraucherzentrale NRW vom 17.11.2009

Herr Strübbe stellt die einzelnen Ertrags- und Aufwendungspositionen der Produkte des Sozial- und Gesundheitsamtes im Haushaltsplanentwurf sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu 1.:

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Verbraucherzentrale

Zu 4.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.11.2009: Übernahme des Antrages der Verbraucherzentrale NRW vom 17.11.2009

Herr Drestomark begründet den Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion damit, dass eine Ausweitung der Beratungen der Verbraucherzentrale auch für den Nordkreis erforderlich sei. Insofern schließe er sich den Anträgen der SPD-Kreistagsfraktion sowie der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen an.

Herr Dr. Börger erläutert, dass mehrfach Verhandlungen mit der Verbraucherzentrale stattgefunden hätten. Diese seien jedoch aufgrund der Weigerung der Verbraucherzentrale zur Errichtung einer Filiale im Nordkreis und der Ablehnung der Abrechnung der Leistungen über Leistungsentgelte erfolglos abgebrochen worden. In diesen Punkten sei die Verbraucherzentrale grundsätzlich nicht gesprächsbereit. Im Kreis-ausschuss sei beschlossen worden, dass unter diesen Voraussetzungen kein Zuschuss an die Verbraucherzentrale gezahlt werden könne.

Frau Mors begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ebenfalls mit dem Erfordernis der Sicherstellung von Beratung und Unterstützung der Bewohner des nördlichen Kreises, wobei die Beratung vor Ort sichergestellt sei müsse. Sie befürwortet eine 2-jährige Befristung mit anschließender Bewertung der Qualität und Quantität.

Frau Birkhahn, Herr Stöppel und Herr Strohbücker sprechen sich gegen die Gewährung eines Zuschusses an die Verbraucherzentrale aus, da die Bedingungen des Kreises nicht akzeptiert werden.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
**6 Ja-Stimmen**  
**10 Nein-Stimmen**

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
**6 Ja-Stimmen**  
**10 Nein-Stimmen**

Zu 2.:Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten

Herr Drestomark erläutert den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion. Er führt aus, dass der Behindertenbeirat des Kreises die gesetzlichen Aufgaben nach dem Behindertengleichstellungsgesetz nicht ausreichend für die hohe Zahl der Menschen mit Behinderung im Kreis Warendorf wahrnehmen könne.

Er schlägt vor, die Landesbehindertenbeauftragte NRW, Frau Gemkow, zu einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses einzuladen, damit diese die Notwendigkeit der Stelle eines Behindertenbeauftragten erläutern könne.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass durch Schaffung einer neuen Stelle Kosten in Höhe von ca. 50.000 € entstehen würden.

Er gibt zu bedenken, dass nur wenige überörtliche Aufgaben für den Behindertenbeirat bestünden. Überwiegend gebe es örtliche Probleme, für die der Kreis nicht zuständig sei. Gleichzeitig gebe es daher auch wenige Punkte für einen Behindertenbeauftragten auf Kreisebene. Die Einrichtung einer neuen Stelle sei daher nicht vertretbar.

Eine Übersicht über die Leistungen des Kreises Warendorf für Menschen mit Behinderung werde erstellt und der Niederschrift beigelegt.

*Anmerkung: Die Übersicht wird nachgereicht, um auch die Daten für 2009 noch aufnehmen zu können.*

Herr Stöppel befürwortet die Einrichtung eines Behindertenbeauftragten, wenn eine vorhandene Stelle im Sozialamt um diese Funktion "aufgestockt" werde, statt eine neue Stelle zu schaffen.

Frau Klausmeier teilt mit, dass es nicht möglich sei, diese Aufgabe einem Mitarbeiter im Sozialamt zusätzlich zu übertragen. Diese seien in den Bereichen Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf, Eingliederungshilfe und Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaften bereits jetzt einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt.

Frau Mors hält die Einrichtung einer neuen Stelle nicht für erforderlich.

Sie beantragt für die SPD-Kreistagsfraktion die Benennung eines Mitarbeiters als Behindertenbeauftragten.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**2 Ja-Stimmen**

**10 Nein-Stimmen**

**4 Enthaltungen**

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (Benennung eines Behindertenbeauftragten) abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**6 Ja-Stimmen**

**10 Nein-Stimmen**

Zum Produkt 050130 Hilfe in besonderen Lebenssituationen teilt Herr Dr. Börger mit, dass verschiedene geringe Zuschüsse (30 € bis 74 €) an Wohlfahrtsverbände gestrichen werden.

Herr Drestomark erkundigt sich hinsichtlich der Integrationshelfer im Rahmen der Eingliederungshilfe zum Antragsverfahren, zur Bewilligungsdauer und zur bewilligten Anzahl.

Frau Klausmeier erläutert, dass derzeit die Kostenübernahme für 79 Integrationshelfer bewilligt ist. Bewilligungen gelten i.d.R. jeweils für ein Schuljahr. Vor Bewilligung würden Stellungnahmen der Schule und des Gesundheitsamtes eingeholt.

Herr Strübbe unterbricht die Sitzung von 11.15 Uhr bis 11.20 Uhr.  
Herr Mumm verlässt die Sitzung.

Herr Dr. Funke teilt zum Produkt 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende mit, dass gegenüber dem Haushaltsplanentwurf die Kennzahl der Bedarfsgemeinschaften –Plan 2010–auf 8.850 geändert wird.

Zu 3.Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 23.11.2009: Bezeichnung der Sozialplanerin als "Integrationsbeauftragte"

Herr Drestomark begründet den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion damit, dass die Erstellerin des Integrationskonzeptes als "Integrationsbeauftragte" bezeichnet werden solle.

Herr Dr. Börger führt aus, dass die Sozialplanerin u.a. zuständig sei für Integration, Altenhilfe, Pflegeplanung und Errichtung der Pflegestützpunkte. Ihr Aufgabenbereich umfasse nicht nur die Integration von Aussiedlern und Ausländern. Die Bezeichnung "Sozialplanerin" sei daher zutreffend.

Frau Mors beantragt, zukünftig die Bezeichnung "Sozialplanerin/Integrationsbeauftragte" zu verwenden.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**1 Ja-Stimme**  
**10 Nein-Stimmen**  
**4 Enthaltungen**

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (Bezeichnung "Sozialplanerin/Integrationsbeauftragte") abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**5 Ja-Stimmen**  
**10 Nein-Stimmen**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses gegeben ist und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozial- und Gesundheitsausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt gegeben hat, zugestimmt.

Die Abstimmung erfolgt getrennt für den Teilergebnisplan Produktbereich 05 Soziale Leistungen und den Teilergebnisplan Produktbereich 07 Gesundheitsdienste.

Abstimmung Produktbereich 05:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**  
**10 Ja-Stimmen**  
**5 Nein-Stimmen**

Abstimmung Produktbereich 07:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>5.</b>	<b>Bericht zur aktuellen Lage der "Neuen Grippe" und zur Impfaktion im Kreis Warendorf</b>	<b>170/2009</b>
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtet zur aktuellen Lage der "Neuen Influenza und Pandemieimpfaktion" (Anlage 6).

Er ergänzt, dass die Krankenkassen die Kosten zur genauen Bestimmung des Grippevirus nur bei Patienten mit besonders schwerem Krankheitsverlauf und Risikopatienten, z.B. chronisch Kranken und Schwangeren, übernehmen.

<b>6.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf</b> <b>hier: 1. Neuorganisation SGB II</b> <b>2. Sachstandsbericht</b>	<b>158/2009</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Börger erläutert die Eckpunkte der SGB II-Strukturreform (sh. Berichtsvorlage).

Er führt aus, dass sich der Kreis zukünftig auf eine getrennte Aufgabenwahrnehmung einstellen müsse. Der Einfluss der Kommunen werde weitgehend zurückgedrängt, deren Zuständigkeit beschränke sich zukünftig auf die Unterkunftskosten.

Noch völlig offen seien u.a. die personalrechtlichen Fragen, zukünftige Räumlichkeiten und der Zeitplan, z.B. im Hinblick auf die zukünftig einzusetzende ADV.

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf
- die Entwicklung der Hilfeempfänger und der erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- die Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf
- die Zielvorgabe 2009 der Bundesagentur für Arbeit
- die Erwartungswerte 2009 aufgrund stark abweichender wirtschaftlicher Entwicklung
- die Zielerreichung 2009 – Passive Leistungen
- die Zielerreichung 2009 – Kosten für Unterkunft
- die Zielerreichung 2009 – Integrationen
- die Zielerreichung 2009 – Langzeitbezug vermeiden

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 7).

**7. Sozialleistungsbericht 2009****168/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sozialleistungsbericht zur Kenntnis.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass auf Seite 50 des Sozialleistungsberichtes (Heimaufsicht nach dem Wohn- und Teilhabegesetz) versehentlich falsche Zahlen genannt sind.

Richtig muss es heißen:

Die Heimaufsicht ist derzeit für folgende Einrichtungen zuständig:

- 29 Alten-/Pflegeeinrichtungen
- 13 Einrichtungen der Behindertenhilfe
- 1 solitäres Kurzzeitheim
- 1 Hospiz-Einrichtung

<b>8.</b>	<b>Änderung der Richtlinien für die Pflegekonferenz im Kreis Warendorf vom 20.09.1996</b>	<b>151/2009</b>
-----------	---	-----------------

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

§ 2 der Richtlinien für die Pflegekonferenz im Kreis Warendorf vom 20.09.1996, zuletzt geändert durch Beschluss des Kreisausschusses vom 03.06.2005, wird geändert und lautet künftig wie folgt:

Der Pflegekonferenz gehören an:

- 1 Vertreter/Vertreterin der Medizinischen Dienste der Krankenversicherungen
- 3 Vertreter/Vertreterinnen der Pflegekassen
- 3 Vertreter/Vertreterinnen der stationären Pflegeeinrichtungen im Kreis Warendorf, davon mindestens 2 Vertreter/Vertreterinnen aus dem Bereich der freien Wohlfahrtspflege
- 1 Vertreter/Vertreterin der Heimbeiräte oder der Heimfürsprecher/innen
- 3 Vertreter/Vertreterinnen der ambulanten Pflegeeinrichtungen, davon mindestens 2 Vertreter/Vertreterinnen aus dem Bereich der freien Wohlfahrtspflege
- 1 Vertreter/Vertreterin der kommunalen Seniorenvertretungen im Kreis Warendorf
- 1 Vertreter/Vertreterin der Selbsthilfegruppen Pflegebedürftiger, Behinderter und chronisch Kranker im Kreis Warendorf
- 1 Vertreter/Vertreterin der KAA Pflege- und Wohnberatung Ahlen
- 1 Vertreter/Vertreterin der Krankenhäuser im Kreis Warendorf
- 1 Vertreter/Vertreterin des Fachseminars für Altenpflege des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e.V.
- 1 Vertreter/Vertreterin der Alzheimer Gesellschaft im Kreis Warendorf e.V.
- 1 Vertreter/Vertreterin der kreisangehörigen Städte und Gemeinden
- der Landrat bzw. ein von ihm bestellter Vertreter mit beratender Stimme.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>9.</b>	<b>Änderung der Richtlinien für die Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf</b>	<b>135/2009</b>
-----------	---	-----------------

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

§ 2 der Richtlinien für die Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf wird geändert und lautet künftig wie folgt:

Der Kommunalen Gesundheitskonferenz gehören an:

- 1 Vertreter/Vertreterin der AG Wohlfahrtsverbände
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Ärztekammer Westfalen-Lippe
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Ärztevereine
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Praxisnetze der Ärzte im Kreis Warendorf
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Apothekenkammer
  - 2 Vertreter/Vertreterinnen der Krankenhausträger im Kreis Warendorf
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Selbsthilfegruppen im Kreis Warendorf
  - 1 Vertreter/Vertreterin der stationären Einrichtungen der Pflege
  - 2 Vertreter/Vertreterinnen der gesetzlichen Krankenkassen, Ersatzkassen, privaten Krankenversicherungen und Pflegekassen
  - 1 Vertreter/Vertreterin der Rentenversicherungsträger/Unfallversicherungsträger
  - 1 Vertreter/Vertreterin der PSAG
- je ein Mitglied der im Sozial- und Gesundheitsausschuss vertretenen Fraktionen der Landrat oder ein von ihm bestellter Vertreter mit beratender Stimme

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>10.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung eines "Sozial-Tickets" (sh. Anlage)</b>	<b>164/2009</b>
------------	--	-----------------

Herr Drestomark erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Aufgrund der in der Stellungnahme der Verwaltung errechneten Kosten von 1 Mio. €/Jahr hält er in Abänderung des Antrages auch eine Kostenbeteiligung der hilfsbedürftigen Menschen von 19 € statt 15 € denkbar. Zudem stellt er das Erfordernis der in der Stellungnahme zugrunde gelegten Preisstufe 5 in Frage.

Herr Müller begründet die Notwendigkeit der Preisstufe 5 damit, dass das Ticket für den ganzen Kreis Warendorf gültig sein müsse. Eine kleinere Preisstufe mit Fahrtmöglichkeiten in kürzerem Umkreis sei nicht sinnvoll, da sie das Ziel verfehle und nicht alle Bürger im Kreis erreiche.

Herr Breuker, Regionalverkehr Münsterland, berichtet über die Erfahrungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) mit dem Sozialticket. Das Ticket koste 15 €, die Stadt Unna gleiche den Differenzbetrag zum Regelpreis aus. Eine Umfrage unter den Kunden des Sozialtickets habe ergeben, dass 20 % "echte" Neukunden seien, 80 % hätten bereits vorher Bus und Bahn genutzt. Zu bedenken sei jedoch, dass der Kreis Unna städtischer geprägt sei als der ländliche Kreis Warendorf.

Herr Breuker führt aus, dass die Preisstufe 5 im Kreis Warendorf für den gesamten Kreis, die Preisstufe 4 für eine Stadt samt Umland und die Preisstufe 7 für den Kreis Warendorf und die Stadt Münster gelten würde.

Herr Leismann erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Kundenkreis für Auszubildende für die Fahrten zur Arbeitsstätte zu erweitern.

Herr Breuker weist darauf hin, dass dieses für den Kreis noch teurer würde. Vom Land Nordrhein-Westfalen erhalte der Kreis Ausgleichsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz für die ermäßigten Fahrkarten der Schüler und Auszubildenden. Diese Ausgleichsleistungen würden dann entfallen.

Herr Strübbe dankt Herrn Breuker für seine Informationen.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 13.15 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer